

Medner kam dann auf die austro-polnische Lösung zu sprechen, die nur in Uebereinstimmung mit Berlin möglich sei, nachdem wir ein Nominatium in Polen haben. Niemals werden die Deutschen diesen gewaltigen Nachschub der Monarchie geben, wenn sie nicht die feste Ueberzeugung haben, daß die Monarchie ein dauernder und treuer Verbündeter Deutschlands bleiben wird. Die zentralen Tendenzen, welche ein solches dauerndes Bündnis ausschließen, machen auch die austro-polnische Lösung unmöglich; denn niemand wird doch glauben oder behaupten wollen, daß der mittel-europäische Gedanke und die slavischen Pläne miteinander vereinbarliche Begriffe sind. Ich bin in letzter Zeit sehr skeptisch geworden, was die austro-polnische Lösung anbelangt. Ich glaube nicht mehr an dieselbe, denn schließlich entscheiden darüber, ob die austro-polnische Lösung zustande komme oder nicht, weder die österreichischen Polen, noch die österreichischen Ukrainer; entscheiden darüber wird das Faktum, ob zwischen Wien und Berlin jene Bedingungen herzustellen sind, die eben die Basis des ganzen Gedankenganges bilden. Aber auch wenn dies der Fall wäre, so müssen unsere Polen noch sehr viel Wasser in ihren Wein schütten. Die Grenzen von welchen sie heute träumen, werden sie niemals erhalten. Der Tag wird kommen, an welchem die Herren beschreibender und froh sein werden, wenn ein einheitliches Polen überhaupt zustande kommt.

Gegenüber der Beschwerde des Sprechers des Polenklubs, daß die russische Regierung nicht nach Presh-Pitowol eingeladen war, wies Medner darauf hin, daß sowohl die Deutschen als auch der Versuch unternehmen haben, die politische Regierung zu den Verhandlungen hinzuziehen, und die russische Regierung sich kategorisch geweigert habe, sie zuzulassen. Medner sehe noch immer auf dem Standpunkt, daß die austro-polnische Lösung die beste für Oesterreich sei und daß ein Polen zustande komme, welches lebensfähig sei. Die Interpretation aber, daß ein Polen, welches nicht den ganzen Galizierkreis, sondern nur einen Teil desselben bestehe, nicht lebensfähig sei, sei rein willkürlich.

Graf Czernin über fort: Wenn der Sprecher des Polenklubs von einem geheimen Vertrag spricht, so muß ich erwidern, daß ich über solche Sachen nicht sprechen kann. Wenn ich darüber sprechen könnte, könnte ich ihm nur beweisen, daß er sehr wenig über die Materie orientiert ist. Was die damit in Zusammenhang gebrachte Teilung Galiziens betrifft, so ist dies erstens eine interne österreichische Frage, welche das österreichische Parlament und die österreichische Regierung angeht, zweitens kann ich es vom deutsch-österreichischen Standpunkt aus nicht verstehen, warum dieselbe Maßregel der Zweiteilung in Pöhlen absolut geboten, in Galizien absolut verboten sein muß.

In Peisprechung des Vortrags Friedens wies Medner den Vorwurf zurück, daß er durch Abschluß des Friedens sich in Widerspruch gesetzt hätte mit dem, was er in der Theorie verkündet habe. Der Anschluß der westlichen russischen Provinzen an Deutschland geschah, führte Graf Czernin aus, auf den direkten Wunsch und auf das direkte Verlangen von Russland und Litauen und nicht gegen ihren Willen. Die russische Anarchie hat die Landprovinzen in die Arme Deutschlands getrieben und niemand anders. Die russische Regierung hatte das freie Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Völker proklamiert. Die Provinzen sogen die etwas schwere, aber schließende deutsche Faust der russischen Anarchie vor, und Deutschland selbst wünschte den Anschluß. Wie hätte ich mich dazwischenstellen sollen und erklären, ich würde den Anschluß nicht zugeben? Das war ein Ding der Unmöglichkeit.

Gegenüber dem Vorwurf, daß der ukrainische Friede hinsichtlich der Zulage an Nahrungsmitteln enttäuscht habe, erklärte Medner, daß die Million Hektaren aus der Ukraine für Oesterreich-Ungarn und Deutschland eingebracht werden könnte, als es möglich wäre, bis man vor der neuen Ernte durchzufallen und den schreckenvollen Zustand, der eingetreten sei, auf wenige Wochen zu beschranken. Hierbei sehe er ganz davon ab, daß die in der Ukraine befindliche österreichisch-ungarische Armee aus dem Lande selbst lebe, ein Umstand, welcher eine enorme Entlastung des Hinterlandes darstelle.

In der Presse sei dem Medner der Vorwurf gemacht worden, er hätte mit Petersburg überhaupt keinen Frieden schließen sollen, weil die Verhältnisse dort nicht genügend konsolidiert waren. Einen abstrakten Vorwurf, erklärte der Redner, kann ich mir schwer vorstellen. Daß die Petersburger Regierung nicht konsolidiert war, wußte ich auch. Mir wäre eine andre, konsolidiertere, und vor allem eine weniger rote Regierung auch lieber gewesen. Aber diese Regierung war nicht vorhanden, und ich konnte sie nicht schaffen.

Graf Czernin ist also des Glaubens, daß die Besprechungen in einer diplomatischen Dunkelkammer den Frieden herbeiführen könnten. Er verzicht die Forderung, daß Deutschland seine Kriegsziele formuliere und sie der Öffentlichkeit unterbreite. Er selbst scheint nicht über die deutschen Kriegsziele unterrichtet zu sein, trotzdem man von ihm als dem früheren Minister des Auswärtigen Oesterreich-Ungarns eine derartige Kenntnis erwarten müßte, sonst würde er doch nicht von dem jetzigen Ministerpräsidenten zu erfahren wünschen, welches eigentlich die Kriegsziele Deutschlands seien.

Bemerkenswert ist, daß Czernin die austro-polnische Lösung wünscht, und in welcher Weise er seinen Wunsch, der auch noch der Wunsch der österreichischen Regierung zu sein scheint, vorträgt.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus

Das österreichische Abgeordnetenhaus erledigte die erste Lesung des Budgetprovisoriums sowie die Debatten über die dringenden Anträge und wies das Budgetprovisorium an den Budgetausschuß. Im Verlauf der Debatten appellierte der Pole Janowski an die deutschen Parteien, die Polen nicht in die Opposition zu treiben und dadurch der Entente den Triumph der Verweigerung der Kreditkredite zu bereiten. Er drückte die Ueberzeugung aus, daß die austro-polnische Lösung für Oesterreich der einzige Weg sei, wenn es seine Großmachtstellung nicht verlieren wolle. Graf Burian, der sich zum austro-polnischen Programm bekenne, vermittelte dadurch die Interessen der Monarchie am besten. (M. Z. B.)

Stolz lieb ich den Spanier.

Am Vorwärts wird der Vortrags des Ables veröffentlicht, in dem der Parteivorstand der Abhängigen am 26. Juni dem Internationalen Sozialistischen Bureau bzw. dem Genossen Hundsmann mitteilt, daß die Abhängigen bereit sind, an einer internationalen Sozialistenkonferenz, die nach einem neutralen Lande zu berufen wäre, teilzunehmen, wie wir während des Krieges zu jeder Zeit bereit waren, die Beziehungen zu unterstützen, die auf eine Zusammenkunft der Vertreter der sozialistischen Parteien abzielen. Als selbstverständlich wird es bezeichnet, daß der Zutritt zur Konferenz den Vertretern aller sozialistischen Parteien offenstehen müsse; insbesondere wurde angenommen, daß die Vertreter der amerikanischen Sozialisten eingeladen würden. Einverhändnis wird damit erklärt, daß die Konferenz nur unter Leitung von Sozialisten neutraler Länder tagen könne. Der Wunsch des Internationalen Bureaus, daß die Abhängigen eine öffentliche Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgeben sollten, wird mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Parteien sich stets auf einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, bekennen, und daß ihre Stockholmer Delegation seinerzeit in ihrem Memorandum zur Friedensfrage „eingegebene Stellung“ angenommen habe. Der Sozialistische Parteivorstand habe dieses Memorandum gebilligt und die Partei habe keine Ursache, sich von diesen Erklärungen loszulösen. Am liebsten hätte man es für selbstverständlich, daß auf der geplanten Konferenz keine Partei majorisiert werden dürfe.

Die Konferenz könne nur dann Erfolg haben, wenn es gelinge, eine Verständigung an dem Schrittschritt ist schließlich der folgende Absatz:

Was endlich die Stellung der Partei zu den Ostfragen betrifft, so haben Sie gewiß in den seit Abendung Ihres Briefes vergangenen Monaten aus den Berichten über die Verhandlungen im Reichstage gesehen, daß die sozialdemokratische Partei bei diesen Verhandlungen ihre sozialistische Auffassung mit Entschiedenheit vertreten hat.

Stolz lieb ich den Spanier! Da haben die Herren Abhängigen dem Frieden mit der Ukraine zugestimmt. Da haben Sie nicht gewagt, gegen den Frieden mit der russischen Regierung zu stimmen, da haben Sie endlich den Frieden von Bukarest angenommen. Aber stolz verweist der Vorstand der Abhängigen auf die schönen Reden, mit denen im Reichstage die Sprecher seiner Partei diese Verhandlungen begleitet haben. Die internationale Sozialdemokratie wird also gebeten, nicht auf die Taten der Abhängigen in der Friedensfrage zu sehen, sondern ihre Reden als bare Falschung zu nehmen, in denen die „sozialistischen Auffassungen“ vertreten wurden, sogar mit Entschiedenheit vertreten wurden, wie der stolze Spanier versichert. Der Stolz des Spaniers ist bisanfällig mit einem durchlöchernten Gewand zu vereinigen. Der Vorstand der Abhängigen meint daher ebenfalls, daß die durchlöchernten „sozialistischen Auffassungen“ ihn in seiner stolzen Pose nicht zu behindern brauchen. Tragt sich nur, ob er Trümmer findet, denen solch plumpe Auffassungen imponiert.

Vom Tage.

Ueber die Aussichten der Wahlrechtsvorlage im preussischen Herrenhaus, die bekanntlich erst am 4. September in dem Ausschuss dieses Parlaments der Erklärungen und ernannten Gesetgeber in Angriff genommen werden soll, will das Berliner Tageblatt einiges erfahren haben. Schon jetzt könne gesagt werden, behauptet es, daß das Wahlgesetz in der Form, in der es das Abgeordnetenhaus verließ, keine Aussicht auf Annahme habe. Es sollen sich im Herrenhaus zwei Strömungen gegenüberstehen, eine, die jede Demokratisierung ablehnt und daher noch mehr „Sicherungen“ verlangt und eine zweite, die die stärkere sein soll, und die ein neues Kompromiß anstrebt. Das soll darin bestehen, für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht zu bewilligen, wofür das Herrenhaus mit ausreichenden Schutzwehren umgeben werden solle. Auf diese Weise, also indem man das gleiche Wahlrecht durch die Verstärkung der Stellung des Herrenhauses noch über die weitgehenden Vorschläge der Regierungsvorlage und die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses hinaus unschädlich macht, glaubt diese Richtung doch der Regierung soweit entgegenkommen, daß sie von einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und einem eventuellen Pairshub, d. h. von einer Massenernennung neuer Mitglieder des Herrenhauses durch den König absteht. Diese beiden Maßregeln soll diese Richtung fürsten, während die andere sich angedlich darauf verläßt, daß die preussische Regierung schließlich doch nicht die Enschlußkraft dazu aufbringen würde.

Daß den preussischen Reaktionen die Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht gerade angenehm wäre, läßt sich allerdings aus verschiedenen Anzeichen schließen. Die Deutsche Tageszeitung brachte vor kurzem einen Artikel, worin sie der Regierung nachdrücklich klarzumachen versuchte, daß eine Auflösung des Landtags in der Kriegszeit ein ganz unverantwortliches Beginnen sei. Noch bemerkenswerter war ein Artikel der Berliner Politischen Neuesten Nachrichten, die man als Sprachrohr der Schwerindustriellen ansehen darf. Getreu dieser Richtung hatte sich dieses Organ bisher ablehnend gegen die Wahlrechtsreform verhalten. Jetzt wölchlich erndet es die bedenklichen Folgen einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und mahnt die wahrheitsfeindliche Mehrheit zur Nachsichtigkeit. Wie weit diese gehen soll, wie weit dabei auf das Entgegenkommen der Regierung gerechnet wird, läßt der Artikel allerdings unbestimmt. Er verzärt aber doch immerhin, daß die Reaktionen einiges Unbehagen bei dem Gedanken empfinden, die Landtagsauflösung könnte doch kommen.

Nun fragt sich nur, ob diese Zurück begründet ist, d. h. ob die Regierung Herilung wirklich entschlossen ist, unbedingt auf dem gleichen Wahlrecht bestehen zu bleiben und es nötigenfalls durch die Auflösung zu erzwingen. Gerade weil man in diesem Punkte nicht sicher ist, werden die Beschlüsse des Herrenhauses von Bedeutung sein, insofern sie vielleicht den Weg zu einem neuen Kompromiß freimachen, das die Regierung den scharfen Maßregeln vorziehen könnte.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat nach den Berichten seiner Presse am 12. Juli eine Tagung abgehalten, auf der er wieder einmal die Forderung eines „starken Friedens“ aufgestellt hat, „der uns Rohstoffbezug und Auslandsabfah sicher“. Mit dem Ostfrieden ist der Verband nach den Ausführungen seines Vorsitzenden, Landrat a. D. Rötger, nicht ganz zufrieden, wie aus der Bemerkung des Berichts hervorgeht, daß der Ostfrieden „unter Ausschaltung der Industrie getätigt worden sei“. Weiter sprach sich der Verband für die Notwendigkeit des alsbaldigen und vollständigen „Abbaus der Zwangswirtschaft nach dem Kriege“ aus. Dem Wirtschaftsbündnis mit Oesterreich-Ungarn steht er nicht ohne Bedenken gegenüber; es dürfe nicht dazu führen, „daß die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands, die für den Rohstoffbezug unentbehrlich sind und den nicht minder unentbehrlichen Auslandsabfah unsrer Erzeugnisse ermöglichen, aufs Spiel gesetzt werden“. Eine öffentliche Kundgebung gegen den Kriegssozialismus und für die freie Wirtschaft nach dem Kriege hat der Verband mit den anderen größeren Unternehmerverbänden für Oktober in Aussicht genommen. Der in Hamburg begonnene Freibzug für den „freien Handel“ soll also kräftig fortgesetzt werden. — Bei der Befürwortung des starken Friedens hat die Betonung nicht gefehlt, daß sich die Interessen der Unternehmer und Arbeiter dabei hegegneten, er sei auch der Weg, der zum sozialen Frieden führe. D. h. die Arbeiter sollen für hohe Gewinne der Industrie eintreten, die Wirtschaftspolitik der großen Unternehmerverbände kräftig unterstützen, wofür ihnen dann ein Anteil am Gewinn — in Aussicht gestellt wird. Von dem andern Weg zum sozialen Frieden, von der Sozialpolitik mag dagegen der Zentralverband, getreu seiner Tradition und in energischer Vertretung der Interessen der Kapitalisten, nichts wissen. So hat sich der Verband grundsätzlich gegen den Arbeitskammeregesetzentwurf erklärt, natürlich in der Ueberzeugung, daß er den sozialen Frieden nicht fördere, sondern schädige. Für den Fall, daß das Gesetz trotzdem geschaffen wird, soll es wenigstens mög-

lichst unwirksam gemacht werden. Der Verband hat dafür verschiedene „Mindestforderungen“ aufgestellt, worunter vor allem die sachliche Gliederung, eine Abstützung des Wahlrechts und Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen hervorzuheben. Die Regierung wird energisch aufgefordert, an ihrem Widerspruch gegen den östlichen Aufbau und die Erziehung besonderer Arbeitnehmerabteilungen unbeeugsam festzuhalten. — Bisher hat die Regierung dieser Forderung durchaus entsprochen, und sicherlich wird bei ihren Entschlüssen die Stimme des einflussreichen Unternehmerverbandes keine geringe Rolle spielen.

Die Rede, worin der österreichische Ministerpräsident v. Seidler im Reichsrat den „deutschen Kurs“ proklamierte und die deutsche Nation als das Rückgrat des Staates hinstellte, gibt der Öffentlichkeit schwere Rätsel auf. Wenn diese Worte ernstlich als eine Programm-Erklärung gedacht sind, und anders kann man sie kaum auffassen, da sie sonst doch nur eine unnötige Herausforderung der slavischen Parteien bedeuteten, so fragt es sich, wie der Ministerpräsident ein solches Programm durchführen will. Voraussetzung dafür wäre, wenn nicht ein ungeschlicher Zustand eintreten soll, eine deutsche Mehrheit im Reichsrat, die aber nicht zu schaffen ist, es sei denn, daß die austro-polnische Lösung ergriffen würde, welche die Auscheidung Galiziens aus dem engeren österreichischen Staatsverband und also der Polen aus dem Reichsrat zur Folge haben würde, so daß die slavische Mehrheit im Reichsrat in eine Minorität verwandelt werden könnte. Gegen diese austro-polnische Lösung, die Vereingung der Krone Polens mit denen Oesterreichs und Ungarns, die Schaffung eines dritten Staates innerhalb der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie bestehen indes, wie man weiß, starke Widerstände in Deutschland und auch selbst in deutschen Kreisen Oesterreichs, wo man fürchtet, daß die Verstärkung des slavischen Einflusses innerhalb der Gesamtmonarchie schließlich einmal bei der voraussichtlich nicht deutschfreundlichen Haltung des neuen Polenstaates zu einer Bedrohung Deutschlands führen könne, trotz der jetzt vorgesehenen Vertiefung und Befestigung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Diese Bedenken sind noch lange nicht zerstreut, und die Position v. Seidlers erscheint deshalb der festen Grundmauern noch sehr zu entbehren. Die königliche Volkszeitung, die auch noch nichts Bestimmtes aus der Rede zu schliessen vermag, meint indes, daß ihre Fassung mehr auf eine Taktik deute; die den gordischen Knoten mit scharfem Schwertschlag zerhauen solle, als auf die Absicht, mit diplomatischen Verhandlungen zum Ziele zu gelangen.

Einen Ausweg aus dem schier unüberschaubaren Wirrwarr zeigt ein Antrag, den die sozialistischen Abgeordneten Seih und Genossen eingebracht haben. Sie fordern einen Verfassungsausschuß von 72 Mitgliedern, der den Entwurf einer neuen Staatsverfassung ausarbeiten und dem Abgeordnetenhaus vorlegen soll. Die neue Verfassung, die sie fordern, soll Oesterreich zu einem Bundesstaat auf demokratischer Grundlage sich selbst regierender Nationen machen. — Dieser Weg ist der einzig rationelle, den der Staat an der Donau zu gehen vermag. Es fragt sich nur, ob die Möglichkeit zur Durchführung des Planes zurzeit gegeben ist.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Entlastungsoffensive der Entente.

Berlin, 19. Juli. Wolffs Bureau teilt mit: Der durch die deutsche Offensive beiderseits Reims erzwungene Entlastungsangriff der Entente zwischen Lisne und Warne begann am 18. Juli 5 Uhr 45 vormitags mit stärkstem feindlichen Feuer. Teilweise gleichzeitig mit dem Beginn der Feuereröffnung, teilweise erst 1 1/2 Stunde später griff der Feind mit sehr starken, tiefgegliederten Kräften, unterstützt durch tiefliegende Flugzeuge und zahlreiche Tankgeschwader unsere Stellungen zwischen Lisne und nordwestlich Chateau-Thierry an. Vor einem einzigen Korpsabschnitt wurden beim ersten Einschlag allein 80 feindliche Panzerwagen gezählt. Nachdem nördlich der Lisne Teilvorstöße blutig abgewiesen waren, trat hier verhältnismäßige Ruhe ein. Auf der übrigen Front gelang es dem Gegner, der hier unter allen Umständen einen entscheidenden Erfolg erlangen wollte, unter ungeheuren Verlusten nach wechselvollen Kämpfen an einzelnen Stellen einzubringen und unsere Linien zurückzubrüden. Durch immer wieder herangeführte frische Reserven und Panzerwagen näherte der Feind die im deutschen Feuer begünstigten Sturmtruppen. Bereits gegen Mittag waren die feindlichen Angriffe in der Mitte südwestlich von Soissons—Neully, nordwestlich Chateau-Thierry, zusammengebrochen. Trotz dichter Mäflerung aller seiner Kampfmittel und trotz der rückichtslosen Blutopfer konnte der Feind sein Ziel nicht erreichen. Der erstrebte Durchbruch, der den Deutschen an der Somme, in Flandern, an der Lys, an der Aisne und südwestlich Royon jedesmal voll gelang und sie in wenigen Tagen bis zu 80 Kilometer Tiefe durch alle feindlichen Stellungen und Geländehindernisse hindurchführte und die feindlichen Armeen vor sich hertrieb, blieb dem Gegner wiederum ver sagt.

In den Mittagsstunden erneuerte der Feind seine verzweifeltsten Angriffe südwestlich von Soissons, aber auch diese brachen unter hohen Feindverlusten zusammen. In unserm flankierenden Artilleriefener vom nördlichen Aisneufer her schmolzen die feindlichen Sturmabteilungen zusehends zusammen. Die herangeführten Verstärkungen wurden schon beim Anmarsch von unseren weittragenden Batterien vernichtend gefaßt. Infolge dieser außerordentlich schweren Verluste schaute am Nachmittage die Kampftätigkeit ab. Doch noch einmal versuchte der Feind nach 6 Uhr abends bis in die Nachtstunden hinein gegen die deutsche Front gegenüber den Wäldern von Willers-Cotterets anzutreten und sie zu durchbrechen. Auch hier blieben alle Anstrengungen des Feindes vergeblich. Der für den Feind so blutige 18. Juli endete mit einer schweren Enttäuschung unsrer Gegner, die ebenso wie bei den Angriffsschlägen, so auch in dieser Abwehrschlacht der deutschen Führung und Truppe unterlegen blieben.

Der Tag der Gegenangriffe.

Berlin, 19. Juli. Wolffs Bureau teilt mit: Während der Franzose in den ersten beiden Tagen der Kämpfe südlich und nördlich der Warne kämpfend in die östigen Wälder zurückwich, bot er